

## **Stadt Hennef**

Erster Beigeordneter

**Herr Michael Walter**

### **Hennef inklusiv – Aktionsplan der Stadt Hennef**

Sehr geehrter **Herr Walter**,

in Telefonaten mit Frau Judith Norden und Ihnen bin ich gebeten worden, eine Stellungnahme sowie Änderungshinweise zum vorliegenden Aktionsplan abzugeben.

Meine Stellungnahme und Empfehlungen beschränken sich auf Grundsätzliches und lassen redaktionelle Änderungshinweise hier außer Acht.

- (1) Der Prozess der Aktionsplanung für ein inklusives Gemeinwesen ist durch den politischen Beschluss des Rates beauftragt worden und wird mit der Stabsstelle Inklusion der Verwaltung konstruiert und koordiniert. Im Gegensatz zu vielen Kommunen, die externe Fachinstitute mit der Erstellung eines Aktionsplanes beauftragen, hat Hennef von Beginn an mit der Installierung von neun Arbeitskreisen auf bürgerschaftliches Engagement und Mitwirken gesetzt.

**Diese Beteiligungsstruktur ist ein besonderes Qualitätskennzeichen** inklusiv ausgerichteter Prozesse, denn nur das Zusammenwirken politischer, administrativer und zivilgesellschaftlicher Initiativen garantiert alltagswirksame Veränderung. **Beteiligungsprozesse sind lohnende und zugleich mühsame Prozesse.** Sie brauchen Zeit, die Bürger\*innen brauchen Zeit, um

- ▶ ein gemeinsames Verständnis von Inklusion zu entwickeln,
- ▶ das Ziel und den konkreten Arbeitsauftrag zu erkennen,
- ▶ die Komplexität des Anliegens auf eigenwirksame Veränderungsbereiche zu fokussieren,
- ▶ sich in dialogische und wirksame Arbeitsformen hineinzuarbeiten,
- ▶ um geduldig und hartnäckig Phasen des scheinbaren Stillstands zu bewältigen und dennoch dabei zu bleiben.

Die **Stabsstelle Inklusion** – Judith Norden und Ramona Schmidberger – haben diesen Prozess intensiv vorbereitet, gut strukturiert und begleitet sowie den Arbeitskreisen alle notwendigen Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt.

**Einem möglichen Vorwurf an den Aktionsplan, er enthalte mehr Text als konkrete Maßnahmen,** ist zu begegnen, dass

- viele Maßnahmen umfängliche Veränderungen bewirken, z.B. die Gestaltung barrierefreier Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude unter Berücksichtigung aller Besonderheiten von Beeinträchtigung;
- partizipativ gestaltete Prozesse mehr Zeit brauchen und dafür alltags- und veränderungswirksam intensiver sind.

**Der Stand des Hennefer Aktionsplans entspricht in diesem Punkt dem Stand aller partizipativ entwickelten Aktionspläne anderer Kommunen.**

- (2) Der vorliegende Aktionsplan der Stadt Hennef **beschränkt sich**. Er richtet seinen Blick insbesondere auf die Situation und die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen. **Das ist völlig legitim**. Zum einen richtet sich die VN-Konvention an die Verbesserung der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderung. Zum anderen kann ein partizipativ entwickelter Aktionsplan zum Start noch nicht alle vielfältigen Dimensionen und Handlungsbereiche für ein inklusives Gemeinwesen erfassen.

**Ein erster Aktionsplan beinhaltet stets einen ersten Ausschnitt der vielfältigen Handlungsbereiche.**

**Dieser wichtige Hinweis ist in der Einleitung zum Aktionsplan zu ergänzen und er ist einzubeziehen in einen einleitenden Text zum umfänglichen Inklusionsverständnis**, das die Teilhabechancen aller Menschen in der Stadt Hennef in den Blick nimmt.

- (3) Eine weitere Ergänzungsempfehlung bezieht sich auf die notwendige **Fortschreibung, Ausweitung und Verstetigung** des Hennefer Prozesses. Mit dem vorliegenden Aktionsplan ist ein Start mit den beschriebenen Begrenzungen gelungen. Nun muss im Aktionsplan beschreiben werden, wie dieser Prozess evaluiert und fortgeschrieben wird und wie er in der Politik, Verwaltung, in den Arbeitskreisen sowie in der Öffentlichkeit lebendig bleibt:

- Welche Handlungsbereiche werden in 2018 in den Blick genommen?
- In welcher Zusammensetzung geben sich welche Arbeitskreise welche Aufträge für neue Entwicklungsmaßnahmen?
- Wie können weitere Einwohner\*innen für die Mitarbeit gewonnen werden?
- Wie können zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte befördert werden?
- Wie erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung in Politik und Öffentlichkeit?

Meine Stellungnahme und Empfehlungen zum Aktionsplan der Stadt Hennef basieren auf vielfältigen Erfahrungen kommunaler Inklusionsprozesse. Diese Erfahrungen belegen, dass der Prozess in Hennef nicht viel anders verläuft als in anderen Kommunen.

Um das Verständnis und insbesondere die Akzeptanz bei den Mitwirkenden, in der Politik und in der Öffentlichkeit zum vorliegenden Aktionsplan zu erhalten, sind nach meiner Erfahrung diese drei Empfehlungen für die konstruktive Diskussion zum Aktionsplan besonders bedeutsam:

1. Beteiligungsprozesse verlaufen völlig anders als Planungsprozesse externer Expertisen. Sie sind mühsam, holprig, zeitaufwendig und besonders lohnend.
2. Begrenzungen zum Start sind legitim, wenn sie in ein umfangreiches Verständnis von Inklusion eingebunden sind.
3. Aktionsplanungen zum inklusiven Gemeinwesen brauchen stets den konkreten Ausblick auf die Evaluation, Fortschreibung und Verstetigung.

Ich hoffe, dass meine Stellungnahme und Empfehlungen dazu beitragen, die Diskussion um den Aktionsplan konstruktiv, wertschätzend und in die zukünftige Weiterentwicklungen gerichtet befördern kann.

Für weitere Beratungen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*Raimund Patt*